HAZ 17.06.2006

Neue Erde für die Wasserstadt

SPD fordert mehr Kontrollen

Von Conrad von Meding

Nach den Grünen fordert nun auch die SPD-Ratsfraktion harte Kontrollen der Sanierungsarbeiten in der künftigen Wasserstadt Limmer. Dort war es bei Bodenarbeiten zu Umweltverstößen gekommen. Proben haben nach Darstellung der Region als zuständiger Umweltbehörde ergeben, dass belastetes Abbruchmaterial mit frischem Erdreich vermischt und dann zum Auffüllen des Bodens an der Westkante der Halbinsel verwendet wurde. Auf dem ehemaligen Gelände der Conti-Reifenwerke sollen rund 500 Atriumhäuser entstehen.

Alleingesellschafter des Sanierungsprojekts ist Bauunternehmer Günter Papenburg. Er habe die Vorgänge im Gespräch mit Region und Stadt eingeräumt und damit begründet, dass er eine Versuchsfläche habe anlegen wollen, sagt Gerhard Meyer, Fachbereichschef Umwelt der Region. Meyer hat Donnerstagabend in vertraulicher Runde Regionspolitiker über den Stand des Verfahrens informiert. Demzufolge gibt es in zwölf von 14 Bodenproben Grenzwertüberschreitungen, dabei Schwermetalle und polyzyklische aromatische Kohlenwasserstoffe (PAK). Weil die von Papenburg beauftragten Firmen aber die gesetzlichen Werte eingehalten und „nur“ gegen Vorsorgewerte verstoßen haben, droht keine Strafverfolgung. Trotzdem müssten die Firmen den Boden wieder entfernen, „sobald das Nutzungskonzept für das Gelände beschlossen ist“. Derzeit seien alle Bodenarbeiten gestoppt, es dürfe nur frisches Material in Haufen angeliefert werden. Papenburg habe einen Gutachter beauftragt, der ein Bodenkonzept erstelle, sagte Meyer. Der Unternehmer selbst war Freitagabend für eine Stellungnahme nicht zu erreichen.

Der SPD gehen die Sanktionen nicht weit genug. Wie schon die Grünen fordert sie Bürgschaften, damit die Verunreinigung entfernt werden kann. Zudem müsse besonders belastetes Erdreich abgedeckt und eine „lückenlose Kontrolle“ über 24 Stunden gewährleistet sein. Unter anderem schlägt die SPD die Installation einer Internetkamera vor, damit Bürger vom heimischen Computer aus die Vorgänge in der Wasserstadt verfolgen können. Der Rat muss über den Vorschlag entscheiden.